

A3NEU KjG gegen rechts – Aus christlicher Überzeugung gegen Faschismus und für Demokratie!

Antragsteller*in: Bundesleitung
Tagesordnungspunkt: TOP06 Anträge
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass
3 auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, Jüd*innen und
6 Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte Akteur*innen aus
7 besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig feindlich
8 gegenüber Muslim*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Dies beinhaltet unter anderem
11 vermeintlich harmlose Demonstrationen ebenso wie die Lähmung parlamentarischer
12 Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates und zeigt sich am deutlichsten in
13 der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte Vertretungen und
14 marginalisierte Gruppen.

15 Extrem rechten Positionen rücken zunehmend in die Mitte der Gesellschaft. Als
16 besorgniserregend empfinden wir, dass diese Strategien Wirkung entfalten und
17 sich im Erstarken faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.

18 Positionierung

19 Als christlicher Jugendverband stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte
20 und populistische Positionen und Handlungen und setzen uns für eine vielfältige
21 und demokratische Gesellschaft ein.

22 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in
23 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar
24 gegen Demokratiefeindlichkeit und Autoritarismus und bekennen uns zur Wahrung

25 der Menschenrechte weltweit.

26 Als KjG stehen wir gemäß unserer Grundlagen und Ziele für eine demokratische,
27 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns
28 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen.[1] Damit drücken
29 wir bereits seit unserer Gründung unsere Grundhaltung als antifaschistischer
30 Verband aus. Diese Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben,
31 aus dem heraus wir alle Menschen als Gottes+ Ebenbilder betrachten, sowie mit
32 unserer demokratischen Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe
33 aller sowie die unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

34 **Konsequenzen für unsere Arbeit**

35 Die Bundeskonferenz 2022 hat Antifaschismus zu einem unserer Schwerpunktthemen
36 bestimmt, mit dem wir uns intensiv auseinandersetzen. Dies tun wir auf
37 verschiedenen Wegen:

38 • **Bildungsarbeit**

39 Um die Gefahren für unsere Gesellschaft aufzuzeigen, die von rechten
40 Ideologien ausgehen, betreiben wir Bildungsarbeit für unsere Mitglieder
41 und für die Öffentlichkeit. Wir nutzen unsere Social-Media-Kanäle, um über
42 die extreme Rechte und ihr Denken und Handeln aufzuklären. Außerdem
43 stellen wir auf diesem Weg verbündete Organisationen und deren Angebote
44 vor. Darüber hinaus sensibilisieren wir über unsere Kanäle beispielsweise
45 auch für bewusste und unbewusste Diskriminierungen im alltäglichen
46 Sprachgebrauch.

47 • **Vernetzung**

48 Um das Thema Antifaschismus auf allen Ebenen in der KjG zu verankern,
49 schaffen wir ein innerverbandliches Netzwerk von antifaschistisch
50 interessierten und engagierten Mitgliedern. Darüber hinaus machen wir
51 unsere Mitglieder auf externe Vernetzungsangebote aufmerksam und vernetzen
52 uns zur gegenseitigen Unterstützung mit anderen Organisationen, die
53 antifaschistische Arbeit betreiben.

54 • **Position beziehen**

55 Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen
56 öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit
57 den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und
58 Aufarbeitung ein. Im kirchlichen Kontext nutzen wir unsere Kontakte, um
59 auf die eindeutige Abgrenzung von rechten Akteur*innen hinzuwirken.
60 Innerverbandlich und in unserem Dachverband BDKJ haben wir bereits mehrere
61 Beschlüsse zu dieser Thematik gefasst.[2]

- 62
- 63 • **Wir wählen! NICHT die AfD**
64 Mit der AfD ist eine extrem rechte Partei einflussreich in der Politik
65 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht
66 vereinbar mit unserer Grundüberzeugung als KjGler*innen und
67 Christ*innen.[\[3\]](#) Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei wie der
68 AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen Organisationen
ist mit der Mitgliedschaft in der KjG unvereinbar.

69 **Forderungen an die Politik**

70 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen
71 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

- 72 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**
73 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche
74 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln
75 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften
76 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre
77 Feind*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich
78 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien
79 und Stiftungen so weit wie möglich zu begrenzen und im besten Fall
80 einzustellen.
- 81 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**
82 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass
83 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller
84 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum
85 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Darüber hinaus kam es aus
86 diesem Grund auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir
87 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und
88 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen
89 und Vorfälle.[\[4\]](#)
- 90 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**
91 Mit großer Sorge nehmen wir wahr, dass es vermehrt zu extrem rechten
92 Übergriffen und Gewalttaten kommt. Ihnen liegen unterschiedliche
93 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,
94 Antifeminismus[\[5\]](#) etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie
95 betreffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen.
96 Wir fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,
97 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört
98 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun.
- 99 • **Verstetigung der Finanzierung von Projekten zur Demokratieförderung**
100 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte zur

101 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären
102 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete
103 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf
104 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der
105 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und
106 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter
107 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden.

108 • **Zurückdrängen extrem rechter und populistischer Positionen**

109 Extrem rechte und populistische Positionen verbreiten sich zunehmend in
110 der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um
111 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant*innen oder Angriffe auf
112 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv
113 dafür einzusetzen, extreme und populistische Positionen aus ihren eigenen
114 Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.

115 **Forderungen an die katholische Kirche**

116 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

117 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**

118 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss
119 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir
120 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen
121 Überzeugung heraus klar Stellung gegen die extreme Rechte zu beziehen.

122 • **Reform und Aufarbeitung**

123 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende
124 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und
125 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus und
126 Antisemitismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, gegen
127 diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren. Darüber hinaus muss
128 bereits geschehenes Unrecht aufgearbeitet werden.

129 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem
130 rechte Aktivist*innen involviert sind**

131 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und
132 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig
133 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen.
134 Wir fordern von den Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von
135 Demonstrationen und Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem
136 rechte Aktivist*innen beteiligt sind oder ohne Widerstand der
137 Organisator*innen teilnehmen können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass
138 der christliche Glaube nicht für die Verbreitung rechter Ideologie
139 missbraucht werden darf.

140 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen**
141 **Rechten benennen und bekämpfen**

142 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft
143 und gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen
144 und Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige
145 Akteur*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den
146 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik klar zu benennen, sich
147 von den beteiligten Akteur*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit
148 aus den kirchlichen Strukturen auszuschließen.

149 [\[1\]Grundlagen und Ziele der KjG](#)

150 [\[2\]“Solidarität statt Menschenfeindlichkeit – Aufstehen für ein weltoffenes](#)
151 [Miteinander”](#) - Beschluss der Bundeskonferenz 2016; ["Nie gegen unser Gewissen!](#)
152 [Gegen die Vereinnahmung des christlichen Menschenbildes durch den](#)
153 [Rechtspopulismus”](#) - Beschluss des Frühjahrs-Bundesrats 2017; ["Wir widersprechen,](#)
154 [weil wir glauben!”](#) - Beschluss der BDKJ-Hauptversammlungen 2016 und 2020

155 [\[3\]“Wir wählen! NICHT die AfD”](#) - Beschluss der Bundeskonferenz 2021

156 [\[4\]“Kampf gegen Rassismus - Solidarität mit Black and People of Color!”](#) -
157 Beschluss der Bundeskonferenz 2020

158 [\[5\]“Frauen*hass im Netz ist real – Gewalt gegen Frauen* endlich beenden”](#) -
159 Beschluss der BDKJ-Bundesfrauenkonferenz 2021

Begründung

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Buko 2022 hat entschieden, Antifaschismus in der KjG für die nächsten vier Jahre als Schwerpunktthema zu setzen. Die grundlegende Haltung und welche Konsequenzen das für die KjG innerverbandlich und in ihrer Lobbyarbeit bedeutet sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.